

+ Hielkema über 27 Gremien mit 27 nationalen Aufsichtspersonen: „Wie wäre es, wenn wir die Anzahl der Gruppen halbieren?“

22. Oktober 2025



Eiopa-Chefin Petra Hielkema auf dem MCC-Event "Insurance Today and Tomorrow" (Bildquelle: MCC)

Die Europäische Versicherungsaufsicht Eiopa soll gemäß ihrer Chefin Petra Hielkema nicht nur Risiken vermeiden und regulieren, sondern Innovationen fördern und Prozesse vereinfachen. Dafür sei sie zum Beispiel bereit, die Hälfte der Aufsichtsgremien aufzulösen. Es gebe eine Bereitschaft, Strukturen zu hinterfragen, Fokussierung zu erreichen und Doppelarbeiten zu vermeiden, erklärte sie auf einer MCC-Fachveranstaltung. Bezüglich der nach Umfragen ermittelten Skepsis der Verbraucher zog sie den Schluss, dass es immer noch einige Versicherer gebe, die den Ruf der gesamten Branche schädigen.

Sie spannte den Rahmen ihres Vortrags mit einem klaren Impuls: Die Versicherungs- und Altersvorsorgebranche in der EU müsse ihr Potenzial gründlich „unlocken“ – also freisetzen. Sie warnte zugleich vor zu viel Pessimismus, stellte aber auch klar: „Wir müssen vereinfachen und Belastungen reduzieren – und das ist zugleich eine Chance.“

Damit umriss sie ihr zentrales Anliegen: nicht nur Risiken zu regulieren, zu vermeiden oder auszuschließen, sondern Innovationen zu fördern, Prozesse zu vereinfachen und so Gestaltungsspielraum für die Branche zu schaffen.

Hielkema gab zunächst einen Lagebericht: Die europäische Versicherungsbranche befinde sich in einer relativ guten Verfassung. Mengenangaben untermauern dies – etwa eine durchschnittliche Solvabilitätsquote von über 200 %. Trotz geopolitischer Spannungen, Lieferketten-Schocks und wirtschaftlicher Unsicherheit zeige der Sektor derzeit Stabilität. Gleichzeitig warnte sie aber vor den Investitionsrisiken, insbesondere durch Dollaranlagen außerhalb der EU: „Fast drei Viertel der europäischen Versicherungsvermögen sind bereits in der Europäischen Union investiert. 30 Prozent – das entspricht rund 2,85 Billionen Euro – sind im Ausland investiert, hauptsächlich in den USA, aber auch in Großbritannien.“

Damit eröffnete sie das Bild einer Branche mit soliden Fundamenten – und zugleich hoher Abhängigkeit von globalen Kapitalmärkten. Insgesamt entfallen von den rund 10 Billionen Euro (Versicherungen) und 3 Billionen Euro (Pensionsfonds) in Europa etwa 4 Billionen Euro auf Investitionen außerhalb der EU. Würde man laut Hielkema nur 10 Prozent dieses Kapitals in die EU zurückführen, ergäbe sich eine Investitionsmöglichkeit von 400 Milliarden Euro in der EU.

„Während Diversifizierung wichtig ist und die globale Natur des Geschäfts – 50 Prozent der weltweiten Rückversicherung werden außerhalb der EU getätigt – eine Rolle spielt, besteht die Frage, wie dieses Kapital zurückgewonnen werden könnte. Ich sage bewusst ‚könnte‘, denn an dieser Stelle stoppt meine Rolle als Aufsichtsbehörde: Wie und wo Versicherer investieren, ist deren Entscheidung, nicht die der Aufsicht. Wir müssen lediglich Stabilität und ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis sicherstellen, was auch im ureigenen Interesse jedes Versicherers liegen sollte.“

Doppelarbeiten vermeiden und echten Binnenmarkt schaffen

Ein Schwerpunkt des Vortrags war die Agenda rund um Vereinfachung („simplification“) und Belastungsreduktion („burden reduction“). Hielkema zeigte auf: In der EU-Aufsicht tummeln sich zahllose Arbeitsgruppen – bei EIOPA etwa über 27 Gremien mit 27 nationalen Aufsichtspersonen. Sie stellte die provokante Frage: „Wie wäre es, wenn wir die Anzahl der Gruppen halbieren?“ – es gebe eine Bereitschaft, Strukturen zu hinterfragen, Fokussierung zu erreichen und Doppelarbeiten zu vermeiden. „Indem wir den Verwaltungsaufwand reduzieren und eine stärkere Konvergenz in der Aufsicht innerhalb des Binnenmarktes fördern sowie eine wirklich effektive Harmonisierung anstreben, haben wir eine viel größere Chance, eine substanzielle und voll funktionsfähige Spar- und Investitionsunion – einen echten Binnenmarkt – zu verwirklichen.“

Obwohl der europäische Binnenmarkt für Versicherer existiert – man hat eine Lizenz und kann in der gesamten EU verkaufen – „gilt dies nicht wirklich für Investoren oder Verbraucher“, moniert sie. „Während Versicherer EU-weit agieren können, sind Verbraucher in 27 verschiedenen Weisen geschützt und Investoren müssen zwischen 27 Ländern wählen. Dies muss verbessert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.“

Skeptische Verbraucher

Ein tief verwurzeltes praktisches Problem betreffe Sparer in Europa: Privatanleger mögen kein Risiko. Trotz der potenziellen Vorteile marktbasierter Anlagen bleiben viele europäische Sparer konservativ. Hielkema rechnete vor, dass nicht weniger als 70 Prozent der EU-Haushaltsvermögen auf Bankeinlagen mit geringer oder keiner Rendite liegen würden. „Dies benachteiligt die Verbraucher, da sie nicht in der Lage sind, durch die Beteiligung an den Finanzmärkten Wohlstand aufzubauen.“

Europa bleibt sehr skeptisch, und oft ist diese Skepsis berechtigt. „Unsere eigenen Verbraucherumfragen zeigen, dass weniger als die Hälfte der EU-Verbraucher glaubt, dass ihre Spar- und Anlageprodukte ein angemessenes Preis-Leistungs-Verhältnis bieten.“ Schlimmer noch: 60 Prozent glauben demnach, dass es sehr schwierig ist, beim Kauf eines Versicherungs- oder Pensionsprodukts unvoreingenommene Beratung zu erhalten, und nur 29 Prozent halten die an Vermittler oder Berater gezahlten Gebühren für transparent und klar, berichtet die Managerin.

Allerdings deuten die Eiopa-„Mystery-Shopping“-Untersuchungen darauf hin, „dass die Probleme nicht so strukturell sind, wie man aufgrund der Umfrageergebnisse annehmen könnte. Es scheint eher das Resultat fragwürdiger Praktiken einer Minderheit von Versicherern zu sein, die den Ruf der gesamten Branche schädigen und zu geringerem Verbrauchervertrauen führen.“

Eine Mystery-Shopping-Studie aus dem Jahr 2024, die sich auf den Vertrieb von IBIPs (Versicherungsanlageprodukten) in acht Mitgliedstaaten konzentrierte, zeigte, dass 84 Prozent der verkauften Anlageprodukte mit den Bedürfnissen und Zielen der Verbraucher übereinstimmten. Hielkema bewertet das wie folgt: „Das bedeutet zwar, dass 16 Prozent nicht passten – was zu viel ist – aber die 84 Prozent sind besser, als Verbraucher möglicherweise annehmen. Die festgestellten praktischen Ungereimtheiten könnten möglicherweise zu Falschberatung (Misselling) führen.“

Es zeigte sich auch, dass längere Konsultationen oder Beratungsgespräche nicht zwangsläufig zu besseren Ergebnissen führen würden. „Der Verkaufsprozess ist sehr komplex und für Verbraucher mitunter verwirrend, ebenso wie die schiere Menge an Informationen, die ihnen im Bemühen um Transparenz gegeben wird.“

Demografischer Wandel verschärft Rentenlücke

Ein weiteres großes Problem im Versicherungssektor sei die sich stetig vergrößernde Rentenlücke. Aktuell finanzieren in der EU etwas mehr als drei Erwerbstätige jeweils einen Rentner. Diese Zahl wird innerhalb der nächsten 20 Jahre auf nur noch zwei sinken, prognostizierte sie. Angesichts dieser Entwicklung sei es klar, dass die staatlichen, umlagefinanzierten Rentensysteme finanziell nicht mehr tragbar sein werden – oder zumindest nicht in der Lage sein werden, den gesamten Bedarf im Ruhestand zu decken. Sie plädiert dafür, drei funktionierende Säulen zu gewährleisten: die staatliche Rente, die betriebliche Altersvorsorge sowie zusätzliche private Ersparnisse, bei denen die Versicherer eine wichtige Rolle spielen.

Ihrer Analyse nach würden nur 23 Prozent der Europäer von einer betrieblichen Altersversorgung profitieren. Im Gegensatz dazu liegen Länder wie die nordischen Staaten und die Niederlande bei über 90 Prozent – was zeigt, wie ungleich die Verteilung in der EU sei. Auch verfügen nur 19 Prozent der EU-Bürger über ein privates Altersvorsorgeprodukt.

Deutschland hat sich 2002 mit der Riester-Rente bemüht, die Kürzungen der staatlichen Renten zu kompensieren. Sie kommentiert: „Wir wissen, dass das Riester-Produkt nur teilweise erfolgreich war: Eine Studie des sozioökonomischen Panels legt nahe, dass nur etwa 25 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung in Deutschland von der Riester-Rente profitieren“, betont sie und zieht den Schluss: „Rentenpläne, die auf Freiwilligkeit basieren, werden häufig kritisiert, weil sie ungleich verteilt sind und primär Besserverdiener erreichen – ein wichtiger Teil der Gesellschaft wird nicht erfasst.“

Hielkema ist bewusst, dass Renten ein nationales Thema seien: „Sie sind in nationales Arbeits- und Steuerrecht eingebettet und Teil der jeweiligen Kultur. Der Ausgangspunkt für Rentenreformen wird daher immer national sein. Dennoch ist das Problem – die Alterung der Bevölkerung und die Notwendigkeit, alle drei Säulen zu stärken – in der gesamten EU verbreitet.“

Autor: David Gorr

Dieser Artikel ist ausschließlich für Abonnenten von *VWheutePLUS* und *VersicherungswirtschaftPLUS* persönlich bestimmt. Das Weiterleiten der Inhalte - z.B. an Bekannte oder Kollegen sowie das Teilen im unternehmenseigenen Intranet oder die Vervielfältigung über Social Media - ist ohne entsprechende Lizenz nicht erlaubt. Mit einer von uns nicht autorisierten Weitergabe brechen Sie das Gesetz und verstoßen wahrscheinlich auch gegen Compliance-Vorschriften Ihres Unternehmens.